

## Rumänien

ANNELI UTE GABANYI

Im November 2000 fand in Rumänien zum zweiten Mal nach der Wende ein geregelter Machtübergang statt. Die Koalitionsregierung aus Christdemokraten, Liberalen, Sozialdemokraten und dem Ungarnverband hatte die in sie nach den Parlamentswahlen von 1996 gesetzten Erwartungen in keiner Weise erfüllt. Querelen innerhalb der Regierungskoalition, die zum zweimaligen Auswechseln des Premierministers und zu mehreren Regierungsumbildungen führten, behinderten die Verabschiedung wichtiger Reformgesetze. Eine drastische Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung – seit 1996 war die Kaufkraft in Rumänien um rund 50% gesunken, 43% der Menschen lebten unter der offiziellen Armutsgrenze – und ihre enttäuschende außenpolitische Bilanz besiegelten das Schicksal dieser Regierungskoalition.

Die zunehmende Schwächung der Regierungsparteien stärkte die Parteien der Opposition: Ion Iliescus Partei der Sozialen Demokratie und die Partei Großrumänien von Corneliu Vadim Tudor.

Nach dem klaren Sieg der Opposition bei den Kommunalwahlen vom Juni 2000 kündigte der 1996 als Hoffnungsträger gewählte Staatspräsident Emil Constantinescu seinen Verzicht auf eine neuerliche Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen an. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen setzte sich Ion Iliescu, der 1996 abgewählte Staatspräsident, mit 66,83% der Stimmen klar gegen den Kandidaten der Partei Großrumänien Corneliu Vadim Tudor (33,17%) durch. Sieger der Parlamentswahlen von 2000 war bei einer Wahlbeteiligung von 65,31% Iliescu Sozialdemokratischer Pol Rumäniens mit 44,93% im Abgeordnetenhaus und 46,43% im Senat, gefolgt von der Partei Großrumänien mit 24,35% bzw. 26,43%. Drei ehemalige Regierungsparteien, die 1992 von der Iliescu-Partei abgespaltene Demokratische Partei Petre Romans, die Nationalliberale Partei und der Demokratie Verband der Ungarn Rumäniens, erzielten jeweils um die 7% der Stimmen. Erstmals seit der Wende ist die Christdemokratische Nationale Bauernpartei nicht mehr im rumänischen Parlament vertreten. Sie hat sich seither in heftigen Flügelkämpfen völlig zermürbt und fiel bei Wählerumfragen im August 2001 unter die Ein-Prozent-Grenze.

### *Die Politik der neuen Regierung*

Obwohl die seither in Sozialdemokratische Partei umbenannte Partei der Sozialen Demokratie bei den Parlamentswahlen nicht die absolute Mehrheit errungen hatte,

entschloss sie sich zur Bildung einer Minderheitsregierung. Es gelang, den Ungarnverband durch Zusagen in Fragen des Unterrichts in der Sprache der Minderheiten auf allen Stufen und die Verabschiedung des Gesetzes über die Kommunalverwaltung in die Politik der Regierung einzubinden. Die nationalliberale Partei hatte sich ebenfalls zur Duldung der Regierung bereitgefunden. Erstere hat ihre ursprünglich gemachte Zusage wenige Monate später zurückgenommen. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Adrian Nastase profitierte von dem im Jahr 2000 eingeleiteten wirtschaftlichen Aufschwung, der sich 2001 beschleunigt fortsetzte. Der Staatshaushalt für 2002 geht von einem Wirtschaftswachstum über 5%, einer Teuerungsrate von 25%, niedriger Arbeitslosigkeit und einem Budgetdefizit von 3% aus. Es gelang der neuen Regierung, die Landwirtschaftsbank und – was weit schwerer wiegt – das Stahlwerk Sidex in Galati, das zuletzt für 80% der Verluste der rumänischen Wirtschaft verantwortlich war, zu privatisieren. Zuvor waren im neu gefassten Gesetz über die Förderung von Direktinvestitionen bestehende rechtliche und bürokratische Hindernisse aus dem Weg geräumt, die Ausführungen zum Privatisierungsgesetz investorenfreundlicher gestaltet, das längst überfällige Ausländergesetz verabschiedet worden.<sup>1</sup> Sollten die Reformen fortgeführt und das Ansehen Rumäniens in internationalen Finanzkreisen steigen, könnte dies zu einem verstärkten Fluss ausländischer Investitionen führen – der wichtigsten Voraussetzung für eine Phase anhaltenden Wachstums. Im Jahr 2000 lag Rumänien mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 5.741 Euro gleich 27% des EU-Durchschnitts vor Bulgarien an vorletzter Stelle der assoziierten Staaten. Die Arbeitsproduktivität lag in demselben Zeitraum bei 32% des Durchschnitts der EU-Mitgliedstaaten.<sup>2</sup> Mit einem Anteil von 59,8% (63,8% der Ausfuhren und 56,6% der Einfuhren) war die EU der wichtigste Außenhandelspartner Rumäniens. An der Spitze der EU-Handelspartner lag Italien mit 34% des gesamten EU-Außenhandels mit Rumänien, gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland mit 25,3%, Frankreich mit 10,8% und Großbritannien mit 7,7%. Im Jahre 2000 nahm der Handelsaustausch Rumäniens mit den Staaten der EU im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 18,2% zu (das waren +18,7% bei den Ausfuhren und +17,7% bei den Einfuhren). In dem gleichen Jahr war der rumänische Außenhandel insgesamt um 23,9% angestiegen (+21,9% bei den Ausfuhren und 25,6% bei den Einfuhren).<sup>3</sup>

### *Fortschrittsbericht 2000*

Im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission wird Rumänien die Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen bescheinigt. In der Frage der Heimkinder, deren Lösung zu den vordringlichen Zielen der Beitrittspartnerschaft 1999 gehörte, seien einige Fortschritte erzielt worden. Hingegen moniert der Bericht die Diskriminierung der Roma. Das Land verfüge trotz gewisser Mängel im Gesetzgebungsprozess über stabile demokratische Institutionen. Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Verwaltung seien durch die Verabschiedung des Gesetzes über den öffentlichen Dienst und die Einrichtung eines Amtes für Beamtenangelegenheiten weitere kurzfristige Prioritäten der Beitrittspartnerschaft erfüllt

worden. Der Bericht mahnt nun die Reform der öffentlichen Verwaltung insbesondere im Bereich der örtlichen Gebietskörperschaften an. Mit besonderem Nachdruck wird auf die Notwendigkeit einer verbesserten Bekämpfung der Korruption hingewiesen.

Sehr kritisch beurteilt die Kommission den Stand der wirtschaftlichen Reformen in Rumänien. Das Land verfüge nicht über eine funktionierende Marktwirtschaft und sei mittelfristig nicht in der Lage, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Europäischen Union standzuhalten. Auch habe Rumänien seine wirtschaftlichen Perspektiven nicht wesentlich verbessert. Rechtsunsicherheit, mangelnde oder unwirksame marktwirtschaftliche Institutionen, das Fehlen eines funktionierenden Finanzsystems, eine nachlassende Investitionstätigkeit werden als Gründe für diese Einschätzung genannt. Die Kommission empfiehlt die fristgerechte Umsetzung der mit den internationalen Finanzorganisationen vereinbarten Programme, eine verbesserte Finanzdisziplin, transparente Rahmenbedingungen für Unternehmen, eine beschleunigte Privatisierung und Umstrukturierung von Großunternehmen und schließlich die Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Auf dem Gebiet der Übernahme des *Acquis communautaire* zeichnet der Fortschrittsbericht ein gemischtes Bild. Die Kommission hebt „relativ weite Fortschritte“ bei der Rechtsangleichung und der Schaffung der entsprechenden Verwaltungsstrukturen hervor, moniert aber auch „besorgniserregende Defizite“. Im Juli 2001 waren in Rumänien 15.800 der insgesamt 140.000 Seiten des Gemeinschaftsrechts übersetzt.<sup>4</sup>

#### *Verstärkte Integrationsbemühungen*

Die neue Regierung unter Ministerpräsident Adrian Nastase misst der Frage der EU-Integration des Landes eine besondere Bedeutung zu. Es wurde ein neues Ministerium für Europäische Integration geschaffen. In jedem der Fachministerien wurden Staatssekretäre für Fragen der europäischen Integration ernannt, die in einem Interministeriellen Komitee für Integration zusammenarbeiten. Die Regierung hat sich die von der Regierung seines Vorgängers Mugur Isarescu in Zusammenarbeit mit EU, Internationalem Währungsfonds und Weltbank ausgearbeitete mittelfristige Wirtschaftsstrategie, die seinerzeit von allen parlamentarischen Parteien gutgeheißen wurde, mit geringfügigen Zusätzen zu eigen gemacht.

Zugleich entschied sich die neue Regierung für eine geänderte Verhandlungsstrategie mit der EU. Ursprünglich war die rumänische Seite bei ihren Beitrittsverhandlungen, die am 15. Februar 2000 eröffnet wurden, dem Rat der Europäischen Kommission gefolgt, möglichst wenige Kapitel gleichzeitig für Verhandlungen zu öffnen. Mit insgesamt 15 offenen Kapiteln, wovon acht provisorisch geschlossen wurden, bildete Rumänien im Juli 2001 das Schlusslicht aller assoziierten Staaten. Nun will die Regierung in Bukarest die Verhandlungsstrategie ändern und nach dem Beispiel Polens bis zum Jahresende 2002 alle Verhandlungskapitel öffnen, um sie bis spätestens zum Jahresanfang 2004, möglichst vor den Wahlen zum Europaparlament, schließen zu können.<sup>5</sup> Mit Genugtuung verweist

Bukarest auf die neue „road map“ der Europäischen Kommission, die eine solche beschleunigte Verhandlungsstrategie möglich macht. Der selbstgesetzte Beitritts-termin ist weiterhin der 1. Januar 2007, doch Ministerin Hildegard Puwak möchte sich nicht festlegen, Rumänien befinde sich nicht im Wettlauf mit anderen Bewerberstaaten, sondern mit sich selbst. Der Augenblick der Aufnahme hänge allein von der Fähigkeit Rumäniens ab, die Bedingungen der EU zu erfüllen.<sup>6</sup> In Brüssel heißt es, die Aufnahme Rumäniens werde „mindestens noch acht Jahre dauern“.<sup>7</sup> Bei dem Europäischen Rat von Nizza vom Dezember 2000 erhielt Rumänien, nach Polen mit 22,5 Millionen Einwohnern (gleich 4,67% der Bevölkerung in einer EU der 27), 14 Stimmen im Rat zugesprochen. Zu wenig, monierte die Presse des Landes.<sup>8</sup>

Im Jahr 2000 wurden Rumänien seitens der EU nicht rückzahlbare Finanzhilfen unter dem PHARE-Programm in Höhe von 255,8 Millionen Euro zugesprochen. Für 2001 sind 256,9 Millionen Euro vorgesehen, weitere 150 Millionen Euro stehen Rumänien aus dem SAPARD-Programm zur Unterstützung der ländlichen Entwicklung zu. Die Voraussetzung für dessen Umsetzung – die Gründung der Nationalen SAPARD-Agentur – soll bis zum Jahresende 2001 erfolgen.<sup>9</sup>

Ein besonderes Augenmerk richtet die rumänische Diplomatie auf die Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).<sup>10</sup> Die ESVP, so die Lesart des rumänischen Außenministeriums, ist das erste große europäische Projekt bei dem Rumänien die Möglichkeit hat, von seiner Gründung an dabei zu sein. Aus rumänischer Sicht bleibt die NATO der Hauptakteur bei der Krisenbewältigung, die Schnelle Eingreiftruppe und die neuen Kapazitäten der EU sollten zur Konsolidierung der NATO beitragen.

Rumänien unterstützt den Aufbau einer europäischen Schnellen Eingreiftruppe und hat im November 2000 seine Teilnahme mit nachgeordneten Einheiten von Infanterie und Marine in Aussicht gestellt. Ein Teil der Einheiten könnte noch in diesem Jahr an EU-Missionen teilnehmen. Zur Zeit wird die Möglichkeit geprüft, auch zivile Kräfte für die Krisenbewältigung zur Verfügung zu stellen.

Fortschritte verzeichnete Rumänien 2000/2001 in der Minderheitenpolitik. Wenige Monate vor ihrer Abwahl hatte die Regierung von Premierminister Mugur Isarescu eine Regierungsanweisung<sup>11</sup> auf den Weg gebracht, worin jede Form der Diskriminierung auf der Grundlage von Rasse, Nationalität, Bekenntnis, sozialer Herkunft, Meinung und Geschlecht verboten und unter Strafe gestellt wurde. Der Text der Anweisung folgt der im Juli 2000 veröffentlichten Antidiskriminierungs-Direktive der EU. Die neue Regierung von Premierminister Adrian Nastase beabsichtigt, das entsprechende Gesetz vom Parlament in der im September 2001 beginnenden Sitzungsperiode verabschieden zu lassen. Im Mai 2001 wurde das Gesetz über die Kommunalverwaltung verabschiedet, das den Gebrauch der Muttersprache der nationalen Minderheiten im Umgang mit den Behörden in jenen Gebieten dort vorsieht, wo diese Minderheiten mindestens 20% der Bevölkerung ausmachen.

Am 25. April 2001 wurde die „Strategie zur Verbesserung der Lage der Roma“ vorgestellt. Gemäß dem der Strategie zugrunde liegenden Konsensprinzip waren Repräsentanten der Roma in den Prozess der Ausarbeitung des Strategiekonzepts von Anfang an einbezogen. Die Strategie ist auf zehn Jahre angelegt.

Geplant sind Programme zur Instandsetzung von Roma-Wohnungen, Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen parallel zur Förderung der traditionellen Handwerksberufe, Unterstützung für Unternehmer, die Roma beschäftigen, die Ausbildung von speziell geschultem medizinischen Personal aus den Reihen der Roma, ihre Eingliederung in Polizei und Gendarmerie, die Ausbildung junger Roma für den Verwaltungsdienst, Unterstützung für Presse und Kultur der Roma.

Bei dem Besuch, den EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen Rumänien im April 2001 abstattete, bescheinigte er Rumänien, die politischen Kriterien für den Beitritt zu erfüllen, riet jedoch zur Fortführung der Reformen in Wirtschaft und Verwaltung an. Kritisch äußerte er sich auch hinsichtlich der Behandlung der Frage der Heimkinder sowie der Integration der Roma. Seine Botschaft lautete: „Auch die EU braucht Rumänien im Rahmen seiner Stabilitäts-, Demokratie- und Marktwirtschaftsstrategie für Osteuropa.“<sup>12</sup>

Im Jahr 2001 wurden Fortschritte verzeichnet auf dem Weg der Aufhebung der im September 1995 seitens der EU eingeführten Visumpflicht für rumänische Staatsbürger. Als eine ihrer letzten Amtshandlungen hatte die Regierung von Premierminister Isarescu am 7. Dezember 2000 den Visumzwang für Staatsangehörige der Mitgliedsländer der Europäischen Union aufgehoben.<sup>13</sup> Auf ihrer ersten Sitzung beschloss die neue Regierung unter Ministerpräsident Adrian Nastase die Bildung eines Arbeitsstabs, um einen Fragenkatalog der Europäischen Kommission zur Sicherung der rumänischen Grenzen zu bearbeiten. Am 15. März 2001 beschloss der Rat der Europäischen Union,<sup>14</sup> Rumänien ebenso wie Bulgarien auf die definitive Liste der Drittländer zu setzen, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind. Im Falle Rumäniens macht eine Fußnote allerdings deutlich, dass die faktische Umsetzung des Beschlusses solange ausgesetzt bleibt, bis die Kommission aufgrund von Verpflichtungen Rumäniens hinsichtlich der Eindämmung der illegalen Einwanderung und der Rückführung seiner illegal ausgewanderten Bürger eine diesbezügliche Empfehlungen ausgearbeitet habe. Am 28. Juni 2001 empfahl die Europäische Kommission, die rumänischen Staatsbürger zum 1. Januar 2002 von der Visapflicht in die Staaten der Europäischen Union zu befreien. Sie würdigte damit die Anstrengungen, die Rumänien seit Jahresbeginn unternommen hatte, um die Vorbedingungen für diesen Schritt zu schaffen:

- Rechtliche Maßnahmen: Verabschiedung eines neuen Ausländergesetzes, die Anpassung des rumänische Asylrechts an die Normen der EU, die Einführung eines erhöhten Strafmaßes für Schlepper und illegale Grenzgänger, Passenzug für rumänische Staatsbürger, die im Ausland straffällig wurden;
- Verwaltungs- und technische Maßnahmen: Einführung neuer, fälschungssicherer Pässe, die Einrichtung eines Nationalen Visa-Zentrums beim Außenministerium und eines Nationalen Informationssystems beim Innenministerium, verstärkte Grenzkontrollen, Verbesserung der technischen Ausstattung der Grenzpolizei aus PHARE-Mitteln, Reorganisation der Grenzpolizei, Ersetzung der Wehrpflichtigen durch Fachkräfte;
- Internationale Vereinbarungen: Wiedereinführung des Reisepasszwangs für Staatsangehörige der Republik Moldau zum 1. Juli 2001, Angleichung der Visa-

Politik Rumäniens an den EU-Acquis und ihre Verschärfung gegenüber Staaten mit erhöhtem Emigrationspotenzial, Rahmenabkommen über Rücknahme von aus Rumänien stammenden illegalen Staatenlosen;

- Internationale Zusammenarbeit: Bei der Generaldirektion zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels der Polizei sind 19 Verbindungsoffiziere aus den Staaten der EU akkreditiert, außerdem Beamte von FBI und Interpol.

Über die Umsetzung der Kommissionsempfehlung sollten die einzelnen EU-Mitgliedstaaten bis zum Jahresende entscheiden.<sup>15</sup>

In der Frage, wieviel zusätzliche rumänische Arbeitnehmer im Falle des Beitritts Rumäniens zur EU auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu erwarten wären, gibt es widersprüchliche Aussagen. In einer älteren Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg geht man von geschätzten 67.000 Personen jährlich in den ersten fünf Jahren aus. Dieses „Horror-szenario“ würde aber nur eintreten, wenn Rumänien im kommenden Jahr in die EU eintreten würde – eine völlig unrealistische Annahme.<sup>16</sup> Eine im Mai 2001 durchgeführte Umfrage der Gruppe für Meinungsforschung in Mitteleuropa CEORG gelangte zu dem Schluss, dass nach einer eventuellen Aufnahme Rumäniens in die EU 17,3% der Bürger in ein westeuropäisches Land auswandern würden, während rund 40% angaben, selbst bei einem Stellenangebot nicht nach Westeuropa auswandern zu wollen.<sup>17</sup> Eine rumänische Umfrage gelangte jüngst zu dem Schluss, dass 56% aller Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren mehrere Jahre im Ausland (am liebsten im westlichen) arbeiten würden.<sup>19</sup>

### Anmerkungen

- 1 Neues Investitionsgesetz in Kraft, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 14.7.2001.
- 2 Uniting Europe Document Nr. 147, 04.06.2001, und Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 10.07.2001.
- 3 The 7th EU-Romania Association Council, Position Paper of Romania: [http://domino.kappa.ro/mae/home.nsf/Toate/Documente/\\$File/position\\_paper7.htm](http://domino.kappa.ro/mae/home.nsf/Toate/Documente/$File/position_paper7.htm).
- 4 Tribuna Economica Nr. 30, 25.7.2001.
- 5 Staatspräsident Ion Iliescu anlässlich seines Besuchs bei EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 12.07.2001.
- 6 Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 08.03.2001.
- 7 Andreas Oldag: Des Kommissars schwierigster Fall, in: Süddeutsche Zeitung, 03.05.2001.
- 8 Marcela Feraru: România, la margine de drum (Rumänien, am Wegrand), in: Curentul, 12.12.2000.
- 9 Adevarul, 24.04.2001.
- 10 <http://domino.kappa.ro/mae/dosare.nsf/Int...> DF55F9F9C79C2256A5000383100?OpenDocument
- 11 Regierungsanweisung Nr. 137, veröffentlicht in: Monitorul Oficial al României Nr. 143, 02.09.2001.
- 12 Politisch in Ordnung, im Wirtschaftlichen und Sozialen hapert es, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 28.04.2001, und: Stefana-Oana Neamtii: Besuch des EU-Kommissars Verheugen, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 02.05.2001.
- 13 Dringlichkeitserlass der Regierung Nr. 264, in: Monitorul Oficial al României Nr. 662, 15.12.2000.
- 14 Verordnung (EG) Nr. 593/2001 des Rates vom 15. März 2001, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 81/1 vom 21.03.2001.
- 15 Uniting Europe Nr. 152, 09.07.2001.
- 16 Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 24.05.2001.
- 17 Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 02.06.2001.
- 18 Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien 04.08.2001.